Nummer 239 — Halle, Sonnabend, den 11. Oktober 1924 — 50. Jahrgang.
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Erzbergermörder Heinrich Förster-Schulz wurde heute auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Budapest aus der Haft entlassen.

*

Der französische Universitätsprofessor Victor Basch hat gestern in einer Versammlung der Ortsgruppe Leipzig der Liga für Menschenrechte über „Nie wieder Krieg" einen Vortrag gehalten. Der von den vaterländischen Verbänden gegen das Auftreten des Professors Basch erhobene Einspruch war vom Polizeipräsidium zurückgewiesen worden.

*

Unter dem Verdacht der Geheimbündelei nach Paragraph 7 Ziffer 4 des Republikschutzgesetzes sind in Magdeburg folgende Personen vorläufig festgenommen worden: Stadtverordneter Dr. Greiner, Gewerbeaufsichter Neubauer, Oberingenieur Heme, Redakteur Musweiler und Schriftsteller (Arbeiter) Bernhard Reiter. Die Verhafteten gehören nationalen Kreisen an.

*

Im Lehrervereinshaus in Berlin wurde am Donnerstag der vierte Bundestag des Deutschen Beamtenbundes eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache kennzeichnete der Vorsitzende die Arbeit der Tagung dahin: Wahrnehmung der Interessen des deutschen Berufsbeamtentums im Rahmen der Gesamtinteressen des deutschen Volkes. Für die Beamten sei Staatsbejahung Lebensluft, Staatsverneinung Selbstmord. Es sei ihre selbstverständliche Pflicht, sich zum Grundgesetz des Staates, zur Verfassung von Weimar zu bekennen oder doch mindestens dieser Verfassung treu zu sein.

*

Eine Deutsch-katholische Auslands-Priester-Anstalt wird in Godesberg bei Bonn am Rhein gegründet. Das bisherige Kurhaus Wilhelma ist mit seiner ganzen Einrichtung käuflich erworben worden. Dort sollen junge Priester erzogen werden, um allem, was deutsch und katholisch in der Fremde ist, Hilfe zu bringen.

*

Heute erfolgt eine weitere deutsche Reparationszahlung von 15 Millionen Goldmark.

*

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen, auf denen die Frage der gegenseitigen Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen besprochen werden soll, werden Ende Oktober aufgenommen.

*

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen dauern fort. Gestern und vorgestern haben keine Sitzungen stattgefunden. Doch haben sich die Delegierten zu privaten Besprechungen getroffen. Die nächste Sitzung findet Freitag statt.

*

Nach dem „Echo de Paris" haben die großen Flottenmanöver gestern begonnen. Die Flugzeuggeschwader von Artres, Tours, Chateauroux und Le Bourget nehmen unter der Leitung des Generals Barres an der Uebung teil.

*

In einer Einladung an die ungarischen Demokraten nach Paris hat Herriot angedeutet, daß er eine demokratische Internationale zu schaffen gedenke. — Ein nicht uninteressanter Gedanke!

*

Der belgische Bergarbeiterstreik nimmt revolutionären Charakter an. Die Streikenden reißen das Pflaster auf oder streuen Glasscherben und errichten Barrikaden mit Stacheldrahtverhauen. Die Straßenbahnen wurden angehalten und umgestürzt.

*

In Polen findet eine Sammelwoche zugunsten der polnischen Aera-Liga statt. Die Warschauer Einnahmen werden zum Ankauf eines Flugzeuggeschwaders für Warschau verwandt.

*

Der Präsident des russischen Zentralkomitees hat kürzlich in Petersburg erklärt, daß die Regierung beabsichtige, Petersburg wieder zur Reichshauptstadt zu machen. — Sollten die Sowjetgewaltigen sich in Moskau nicht mehr sicher fühlen, sondern in die Nähe des Meeres nach Petersburg übersiedeln wollen, um notfalls auf dem letzten Kriegsschiff zu entweichen?

*

Das Bestehen eines italienisch-russischen Geheimvertrages gegen die Türkei wird von russischer Seite dementiert.

*

„Journal" meldet aus Paris, daß demnächst eine französische Wirtschaftsmission nach Japan aufbrechen wird.

*

Tschangtsolin hat in Beantwortung der letzten Note der auswärtigen Delegation erklärt, daß seine Armee Peking angreifen wird, weil sich das Hauptquartier des Gegners in der Stadt niedergelassen habe.

Krisis in London und Berlin.

Der Sturz Macdonalds.

Unser Bild veranschaulicht das englische Parlamentsgebäude, oben rechts das Porträt des englischen Ministerpräsidenten Macdonald.

Ministerpräsident Macdonald empfahl dem König die Auflösung des Parlaments. Der König hat die Auflösung des Unterhauses genehmigt.

Das Auflösungsdekret wird verlesen, sobald das gestern im Oberhause angenommene Gesetz über die irische Grenzfrage verabschiedet worden ist.

Das Parlament wurde gestern vertagt. Die Neuwahlen werden am 29. Oktober stattfinden. Das neue Parlament wird eine oder zwei Wochen darauf zusammentreten.

Die englische Krisis ist dadurch zum Ausbruch gekommen, daß Macdonald die ihm von den Liberalen gebotene Gelegenheit, die Gegensätze zu überbrücken, ablehnte. Die Liberalen sehen zurzeit eine Neuwahl nicht gern, sondern hätten sie lieber noch verschoben, bis sich die innerpolitischen Folgen der Linksregierung (Arbeitslosigkeit, Streiks, Schwierigkeiten infolge der deutschen Reparationszahlungen) empfindlicher geworden wären. Gerade dem wollte Macdonald vorbeugen, und er hat in so brüsker Weise zur Krisis getrieben, daß die „Times" zu verstehen gibt, eigentlich müsse Macdonald vor einen Untersuchungsausschuß gestellt werden.

Die **Arbeiterpartei** selbst ist voller Jubel. Sie hat auf einem Parteitag beschlossen, die **Verstaatlichung des Bergbaus und Elektrizitätswesens** als Wahlprogramm aufzustellen. Jedenfalls ist mit radikalerer Haltung als bisher zu rechnen.

Bisher waren von den 615 Mitgliedern des englischen Unterhauses 258 Konservative, 166 Liberale und 193 Arbeiterparteiler. Man rechnet, **daß die Liberalen einen erheblichen Stimmverlust erleiden werden;** ob er mehr den Konservativen oder Arbeiterparteilern zukommen wird, ist ungewiß, da Macdonalds streng nationale und vorsichtige Außenpolitik ihm auch bei den ihm innerpolitisch fernet stehenden Kreisen Sympathien gewonnen hat.

Die **französische Linkspresse** gibt ihrer Unruhe über die kommende englische Rechtsregierung nur vorsichtig Ausdruck, sie befürchtet eine Beeinträchtigung der Ergebnisse von Genf. Die französische **Rechtspresse** zeigt sich sehr befriedigt, allerdings vorwiegend aus dem innerpolitischen Grund, daß der Zusammenbruch der englischen Linksregierung auch die jetzige französische Linksregierung schwächen werde. Aber auch außenpolitische Bedenken werden nicht laut, weil man offenbar mit Fortdauer der bisher wenig deutschfreundlichen Auffassung der englischen Konservativen rechnen zu können glaubt. Wie in unserm gestrigen Leitartikel ausgeführt, ist auch tatsächlich selbst bei bestem Willen der Konservativen auf eine deutschfreundliche, franzosenfeindliche Außenpolitik wenig Aussicht. Eher ist das Gegenteil wahrscheinlich.

Das Scheitern der Berliner Verhandlungen.

Die Sozialisten sabotieren.

Die Sozialdemokraten hatten zunächst einen Fraktionsbeschluß gefaßt, der durchaus entgegenkommend gehalten war. Dann stellten sie aber in einem Brief an den Reichskanzler ihre Forderungen, darunter Annahme des Washingtoner Achtstundentagabkommens. Das war in Wirklichkeit eine verschleierte Ablehnung. Denn die Meinungen über die Frage des Achtstundentages sind wirklich noch nicht so geklärt, als daß Deutschnationale, Volksparteiler, Demokraten und Zentrum sich ohne weiteres zur Annahme des Abkommens verpflichten könnten.

Daß die Sozialdemokraten gar nicht den ernsten Willen zur Teilnahme an der großen „Koalition der Volksgemeinschaft" hatten, ergibt sich auch daraus, daß sie in der gestern nachmittag stattgefundenen Aussprache mit dem Reichskanzler erklärten, **daß der gestrige Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachten.**

Sie lehnen also auch nur den Versuch einer Verständigung mit den Deutschnationalen über die beiderseitigen Meinungsverschiedenheiten rundweg ab und haben damit die Verständigung über die Volksgemeinschaft unmöglich gemacht.

Die Sozialdemokraten haben damit klar bewiesen, daß sie nicht Volksgemeinschaft, sondern Klassenkampf wollen.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen neuen Lage Kenntnis.

Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten als erledigt ansehe und sich erneut mit den Parteien über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Benehmen setzen werde.

Die **Deutsche Volkspartei** entsandte um 6 Uhr ihrer Führer Dr. Scholz und Dr. Curtius zum Reichskanzler, um ihm mitzuteilen, daß die Volkspartei nach den Erklärungen der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten **eine neue Situation als vorliegend betrachte und daß sie vom Reichskanzler erwarte, er werde seine Bemühungen nunmehr in der Richtung zur Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung fortsetzen.**

Heute vormittag um 10 Uhr haben neue Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern begonnen.

Was nun?

Die Lage ist völlig ungewiß. Einer Erweiterung der Regierung allein nach rechts widerstreben wichtige Teile des Zentrums wie der Demokraten, wie denn diese Parteien überhaupt die Beibehaltung der jetzigen Regierung als das richtigste ansehen.

In Zentrumskreisen ist daher der Gedanke aufgetaucht, ein **„überparteiliches Kabinett der Persönlichkeiten"** zu bilden, um die Reichstagsauflösung zu vermeiden. Der Reichskanzler scheint ebenfalls der Auflösung zu widerstreben und weite Kreise stimmen ihm darin bei, denn eine wesentliche Aenderung der Parteistärken wird kaum erwartet und jedermann sieht ein, daß bei Neuwahl die Unruhe und Verzögerung der Regierungsarbeit in unserer heutigen Lage nur schaden kann. Diesen Gedanken vertreten besonders auch die „Deutsche Allgem. Zeitung" und die „Berliner Börsenzeitung", die gleichzeitig den Wunsch einer Regierungserweiterung nach rechts aussprechen.

Lediglich die Sozialdemokraten, der „Vorwärts" an der Spitze, treiben mit aller Kraft zur Neuwahl, und niemand weiß, ob der Reichspräsident, der es ja in der Hand hat, ob er Regierungsneubildung oder Auflösung aussprechen will, sich nicht auf seiten seiner Parteigenossen stellt.

Die Lage hat große Aehnlichkeit mit der englischen Krisis, die von Macdonald nahezu provoziert wurde in der Erwartung, bei sofortiger Neuwahl für seine Partei bessere Erfolge als bei einer späteren Wahl zu erzielen.

Die von uns kürzlich erwähnte, im „Vorwärts" veröffentlichte Botschaft Herriots und die Uebereinstimmung im Verhalten der englischen Arbeiterpartei und unserer Sozialdemokraten lassen es als möglich erscheinen, daß die Sozialisten der drei Länder bewußt nach gemeinsamem Plane zusammenarbeiten zum Verwirklichen der sozialistischen Weltrevolutionsziele.

Papst und Politik.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Rom, Anfang Oktober.

Der Papst hat gesprochen! Deutlich wie noch nie. Und dennoch ermöglichte seine bilderreiche Ansprache an die aus Palermo zurückgekehrten Studenten so viele Auslegungen, als es politische Parteien und Fraktionen in und außerhalb Italiens gibt. Daher sah sich nun der Vatikan veranlaßt, in seinem Osservatore Romano eine Erläuterung zu geben, die jeder Polemik den Faden abschneidet und das Wort des Pontifexes klar und deutlich als das heraushebt, was es sein sollte: eine Verdammung der Politik der streitbaren Popolari.

Das mag befremdend klingen, aber nur für Fernstehende, die noch immer Zentrum und Popolari verwechseln, das heißt in der italienischen P. P. das Gegenstück zu dem deutschen Zentrum erblicken. Ein schwerer Irrtum.

Denn gerade, was das deutsche Zentrum, ja, man kann sagen, das deutsche Katholikentum kennzeichnet, **die geschlossene Macht, geht dem italienischen „Zentrum", den Katholiken im allgemeinen, wie den Popolari im besonderen ab.**

Zwischen Popolari und Popolari ist Unterschied wie zwischen deutschem Zentrum und Deutschnationalen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die P. P. von Anfang an als nichtkonfessionelle Partei gedacht und gebildet wurde, da ja ohnehin alle Italiener Katholiken sind. (Freigeister und Freimaurer spielen zwar eine bedeutende, aber numerisch verschwindende Rolle.)

Mit dem Aufkommen des Fasismus aber schieden sich die Geister in Anhänger der im Grunde antikirchlichen Schwarzhemden und in Gegner, die automatisch in der Opposition aufgingen.

Bei den Beziehungen der Regierung Mussolinis zum Vatikan, die von dem Diktator behutsam gepflegt wurden, bei den Sympathien, die er sich im kirchlichen Lager durch verschiedene geschickte Schachzüge, wie die Wiedereinführung des Krucifixes in den Schulen, zu gewinnen verstand, konnte es nicht ausbleiben, daß sich seine grimmigen Feinde unter den Popolari — um den längst überholten Sammelnamen noch einmal zu gebrauchen — im Vatikan unbeliebt machten. **Mit großer Sorge sah der Papst der immer tiefer greifenden Politisierung der Partei und damit ihrer Kirchenentfremdung zu.** Er kam ihr zu verschiedenemalen entgegen, so bei den Ueberfällen fasizistischer Banden auf fromme Zirkel, deren Verwüstungen er mit beträchtlichen Summen heilte, aber die erwartete Dankbarkeit, das Zurückkehren in den Schoß der Kirche, fand er nicht. Es kam soweit, daß der Vatikan einen scharfen Trennungsstrich zog zwischen Gläubigen und jenen Popolari. Damit fühlten sie sich nun aber verlassen und suchten instinktiv nach einem neuen Rückhalt: bei den Sozialisten. Die allgemeine Verwirrung infolge der Vermengung von Kirche und Politik haben einen solchen Grad erreicht, daß eine Klarstellung durch den Papst selber unerläßlich schien. Und was er so klar aussprach, das war: **er will von einem Zusammengehen von Katholiken mit Sozialdemokraten nichts wissen!**

Er nannte eine solche Gemeinschaft eines der Dinge, die ihm „Sorge, wenn nicht geradezu Schmerz" verursachten und brach jedem Hinweis auf andere Länder sofort die Spitze ab, indem er die Verschiedenheit der Verhältnisse schilderte. Nicht, als ob man überhaupt keine Politik treiben solle, aber alles zu seiner Zeit.

Hinsichtlich der **katholisch-sozialistischen Allianz in Deutschland** meinte der Papst, es sei ein beträchtlicher Unterschied, sich einer schon an der Macht befindlichen Partei gegenübersaufehen und dem Willen, einer solchen (sozialistischen) Partei die Straße zu öffnen und ihr so die Möglichkeit des Aufkommens zu geben.

Der Osservatore Romano spricht von einer „kategorischen Direktive" des Papstes, die nicht übersehen zu wollen, ein sehr schwerer Fehler sei, habe doch der heilige Vater gerade jene elastische Auffassung bekämpft mit den Worten: „Wenn sich die Politik dem Altar nähert, dann haben Religion, Kirche und Papst nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Anweisungen und Richt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241011014/fragment/page=0001

Ämtern zu geben, die die katholischen Seelen das Recht haben zu verlangen, und die Pflicht, sie zu befolgen."

Der Vatikan macht also aus den Worten des Papstes ein Gebot, dessen Nichtbefolgung ein Akt von Gehorsamsverweigerung wäre. Er spricht von der alleanza sozial-popolare als einer Revolution der Grundsätze, einer Außerachtlassung der Tatsachen, der geistigen, moralischen und historischen Unvereinbarkeit.

„Warum im Namen der katholischen Interessen sich verpflichten oder sich verpflichtet fühlen, dort mitzugehen, wo man die Konfessionalität zum Programm macht, die von selbst dazu führt, auch von dem katholischen Bekenntnis abzusehen?"

G. Eberlein.

*

Man muß wohl Katholik sein, um verstehen zu können, wie der Papst in einem Atemzug die „elastische Auffassung" bekämpfen, den Sozialismus als Revolution der Unkirchlichkeit gegen den Glauben verurteilen, in Italien wie in Frankreich, und trotzdem die sozialistisch-katholische Entente in Deutschland gutheißen kann, weil der Sozialismus in Deutschland mächtig ist. Wir Protestanten nennen das, „den Mantel nach dem Winde hängen" und eine der Religion unwürdige Vermengung von Kirche und Politik". Aber das deutsche Volk ist zu zwei Dritteln protestantisch. Das protestantische Deutschland soll verschwinden: da heiligt der Zweck die Mittel.

National-sozialistische Regierung in Spanien?

„Daily Telegraph" berichtet aus Madrid, es liege im Bereich der Möglichkeit, daß eine gemäßigte sozialistische Regierung mit Primo de Rivera als Premierminister die Nachfolgerin des jetzigen militärischen Direktoriums werden wird. In einer Erklärung sagt das Direktorium, daß die Regierung den Zielen der gemäßigten Sozialisten mit großer Sympathie gegenübersteht, und es ist bezeichnend, daß der sozialistischen Bewegung kürzlich keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, während die Propaganda der alten politischen Parteien streng unterdrückt wurde. Der spanische Sozialistenführer Julian Besteiro ist nach einem sechsmonatigen Aufenthalt in England nach Spanien zurückgekehrt. Ein Telegramm aus San Sebastian meldet, daß eine offizielle Ankündigung erwartet wird, nach der Primo de Rivera sich mit der nationalsozialistischen Gruppe verbünden und versuchen würde, bei der nächsten Regierung als deren Führer und Premierminister aufzutreten.

Neue Unruhen und Morde auf dem Balkan.

Von unserem Wiener Berichterstatter.

Wien, 8. Oktober.

Die aus Sofia und Cetinje einlaufenden Nachrichten lauten fortgesetzt beunruhigend. In Bulgarien haben sich neue Mordtaten zugetragen. Außer dem kommunistischen Abgeordneten Dr. Maximow wurde ein mazedonischer Führer namens Wassilew und der bekannte Agitator Tuparew getötet. Die Mörder sind angeblich unbekannt. Ueber kriegerische Vorbereitungen des revolutionären mazedonischen Komitees veröffentlichen die Belgrader Blätter verschiedene Nachrichten, die aber zum großen Teil offenbar unrichtig sind.

Die Meldung von einer Mobilisation der bulgarischen Armee wird neuerlich verbreitet, ist aber in dieser Form jedenfalls falsch. Tatsächlich finden in Bulgarien seit Wochen stille Einberufungen statt, um die Garnisonen zu verstärken. Diese Maßnahmen der Regierung tragen aber rein innerpolitischen Charakter, da sie sich gegen alle Ueberraschungen sichern möchte. Die Sofioter Regierung behauptet, ihre Vorsichtsmaßregeln seien gegen Putschabsichten der von Moskau dirigierten Kommunisten gerichtet.

Die aus Montenegro einlaufenden Nachrichten lauten ungünstig. Infolge eines Zusammenstoßes zwischen Albanern und Montenegrinern, haben die Albaner in einem Orte des Stammes Kasträtt eine Versammlung abgehalten, in der beschlossen wurde, eine Strafexpedition nach Montenegro zu unternehmen. Die Stämme Knee und Palojevici haben ihrerseits den Beschluß gefaßt, den Einfall der Gegner nicht abzuwarten, sondern gleich gegen die Albaner vorzugehen, um ihren Rachefeldzug zuvorzukommen.

Die italienische Regierung, die vom albanischen Geschäftsträger in Rom um Intervention und Beilegung der blutigen Grenzaffären ersucht wurde, hat in dieser Angelegenheit noch keine Schritte unternommen. Hingegen hat sich Bairam Aur, Mitglied der Regierung der Tirana, der Sache bemächtigt und beabsichtigt, mit seinen Anhängern in Südserbien einen Einfall auf jugoslawisches Gebiet zu veranstalten. Tatsächlich wird in den Grenzorten geplündert. Ein Teil der Beute geht in die Kasse der Plünderer, der andere soll der Regierung zugute kommen. Die Belgrader Blätter fordern die Regierung auf, den in den internationalen Beziehungen einzig dastehenden Fall sofort dem Völkerbunde vorzulegen.

A.

Englands Zusammenbruch im Orient.

Einem Aufsatz des Pariser „Journal" vom 8. Oktober entnehmen wir folgende Sätze, die für die schwierige Lage Englands im Orient ebenso beleuchtend sind wie für die auch nach außen hin vielfach kaum verdeckbare Gegnerschaft Frankreichs gegen England:

„Es ist keineswegs ein bloßer Zufall, daß der Abbruch der Londoner Verhandlungen über eine Verständigung mit Moskau gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des Königtums der Hedschas (König Hussein) in Mekka erfolgt. Beide Ereignisse sind Teilerscheinungen des Zusammenbruchs der englischen Politik im Orient und ein deutliches Zeichen der allgemeinen Schwäche der englischen Herrschaft.

Im Kaukasus haben die Engländer, die unter der Hand die Aufstände der Georgier unterstützen, vor der Sowjetregierung zurückweichen müssen. Persien mußten sie räumen infolge des nationalistischen Aufstandes von Riza Khan. Die Niederlage ihrer Verbündeten, der Griechen, in Kleinasien bedroht ihre Stellung in Mossul, und es ist bezeichnend, daß die Türkei ganz offen im Kriege mit den vortrigen englischen Truppen liegt und sich auch durch mehrere englische Noten nicht hat einschüchtern lassen. Die Throne von Fencal und Abdullah schwanken. Und jetzt ist der von den Engländern auf den Thron erhobene König Hussein durch einen Aufstand der unabhängigen arabischen Wahabiten gestürzt worden.

Die ganze englische Orientpolitik droht zusammenzubrechen."

Aus Tientsin wird berichtet, daß die vordringende Armee der Mandschurei nördlich von Shanghaiwan die Große Mauer durchbrochen hat.

*

Sun Yat-sen, der in seinem Versuche, eine Armee zur Verstärkung Tschangs aufzubringen, einen Fehlschlag erlitten hat, wird nach einer Hawassmeldung China an Bord eines Kriegsschiffes der Sowjetregierung verlassen."

*

Nach offiziellen Mitteilungen steht die russisch-japanische Konferenz, die seit einem Monat tagt, vor dem Abbruch. Die Bedingungen, unter denen sich Japan bereit erklären will, den westlichen Teil der Insel Sachalin zu räumen, werden von den russischen Unterhändlern als unannehmbar bezeichnet.

*

Aus Kalkutta wird gemeldet, daß der indische Freiheitsführer Ghandi sein 21tägiges Fasten abgebrochen habe. Er sei natürlich sehr schwach, jedoch bestehe keine Lebensgefahr.

*

Wie Havas aus Delhi erfährt, hat sich das indische Zentralamt des Kalifats für eine republikanische Hedschasregierung ausgesprochen. Gerüchtweise verlautet, daß auch die Wahabiten den Sohn Husseins, Emir Ali, nicht als Nachfolger Husseins anerkennen wollen.

*

Der englische Luftschiffahrtsminister Thompson kehrte von seinem Aufenthalt im Irak (dem türkisch-englischen Konfliktsgebiet) nach London zurück.

Der Personalabbau im Reiche.

Ueber den vom 1. April bis zum 30. Juni 1924 erfolgten Personalabbau sowie über die in gleicher Zeit erfolgten Neueinstellungen gibt das Reichsfinanzministerium eine Uebersicht heraus, der wir u. a. folgendes entnehmen:

Bei den Reichsbehörden einschließlich der Betriebsverwaltungen (Reichspost, Reichsbahn, Reichsdruckerei) sind an planmäßigen Beamten in dem oben genannten Zeitraum 5654 entlassen worden; an außerplanmäßigen Beamten 1110; an Beamten im Vorbereitungsdienst 14.

Demgegenüber sind in demselben Zeitraum neu eingestellt worden: 261 planmäßige Beamte, 101 außerplanmäßige Beamte; 10 Beamte im Vorbereitungsdienst.

Von den 5654 entlassenen planmäßigen Beamten entfallen 23 auf Gehaltsgruppe I, 163 auf Gruppe II, 832 auf Gruppe III, 988 auf Gruppe IV, 1406 auf Gruppe V, 944 auf Gruppe VI, 499 auf Gruppe VII, 307 auf Gruppe VIII, 220 auf Gruppe IX, 143 auf Gruppe X, 56 auf Gruppe XI, 27 auf Gruppe XII, 13 auf Gruppe XIII, ein Beamter auf Einzelgehälter Gruppe II, zwei Beamte auf Einzelgehälter Gruppe III. Bei den zur Entlassung gekommenen außerplanmäßigen Beamten entfällt die Mehrzahl von rund tausend auf Gruppe III und IV. Bei den Neueinstellungen handelt es sich in der Mehrzahl (233 von 261 Beamten) um Gehaltsgruppe V.

Von den im Reichsdienst befindlichen Angestellten sind in demselben Zeitraum 2615 zur Entlassung gekommen und 610 neu eingestellt worden. — Von den 2615 entlassenen Angestellten befanden sich 369 in Vergütungsgruppe III, 646 in Gruppe IV, 684 in Gruppe V, 275 in Gruppe VI, 190 in Gruppe VII, 71 in Gruppe VIII, 39 in Gruppe IX, 76 in Gruppe X, 25 in Gruppe XI, 3 in Gruppe XII. Der Rest wurde außertariflich bezahlt. Von den Neueinstellungen kommen hauptsächlich die Gruppen III und IV in Frage.

An Verwaltungs- und Betriebsarbeitern sind in demselben Zeitraum 3141 entlassen worden und 7192 neu eingestellt worden. Der Hauptteil der neu eingestellten Arbeiter entfällt nach der Denkschrift mit 4683 Betriebsarbeitern auf das Reichsverkehrsministerium (Abteilung für Wasserstraßen usw.).

Unäurchführbare Aufwertungsanträge.

Der Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages beschäftigte sich Donnerstag mit den Vorschlägen des Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer für eine Inangriffnahme einer sofortigen Verzinsung der Reichsanleihen. Vom Reichsfinanzministerium wurden gegen die Anträge Dr. Fleischers schwerwiegende Bedenken geäußert:

Der Grundgedanke des Vorschlages verstößt gegen die Hauptgrundsätze einer gesunden Finanzwirtschaft, neue Schulden einzugehen, lediglich, um damit die Zinsen der alten Schulden zu bezahlen. Der Verkauf der eingezogenen Anleihewerte und die darin liegende Ausgabe einer neuen Anleihe würde sich nur durchführen lassen, wenn der Geldmarkt sich genügend verflüssigt, um die neue Anleihe aufnehmen zu können. Diese Voraussetzung liegt zurzeit nicht vor. Die in dem Antrag ausgesprochene Annahme, daß durch die Verzinsung der Anleihe der deutschen Wirtschaft neue bewegliche Mittel zugeführt würden, ist irrig, weil die Mittel zur Verzinsung nur aus der deutschen Wirtschaft selbst herausgezogen werden könnten. Es ist kaum anzunehmen, daß der vorgeschlagene Anleihezinssatz von 0,5 Proz. auf die Dauer würde beibehalten werden können. Auf dem Reiche bliebe eine von ihm anerkannte Schuld lasten, die unter Umständen seine Kräfte weit übersteigen könnte.

Zum Schluß wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, wie die deutschen Anleihestücke behandelt werden sollen, die im Betrage von mehreren Milliarden in das Ausland geflossen sind. Die Aussprache ergab folgendes Bild über die Ansichten der Parteien: Abg. Dr. Wunderlich (D. V.) versprach sich von dem Vorschlage des Abg. Dr. Fleischer keinen Vorteil für die Anleihegläubiger. Abg. Dr. Dernburg (Dem.) und Abg. Dr. Emminger (B. Vp.) lehnten gleichfalls den Fleischerschen Vorschlag ab. Abg. Hergt (D. Nat.) wiederholte seine früheren Bedenken gegen die Wohlfahrtsvorschläge des Reichsfinanzministeriums, die er für unzulänglich hielt. Abg. Keil (Soz.) hält den Antrag Fleischer für unausführbar. Der Ausschuß war einmütig der Ansicht, daß jeder zu spekulativen Zwecken erworbene Besitz an öffentlichen Anleihen usw. von einer etwa zu treffenden Neuregelung des Aufwertungsproblems ausgeschlossen sein müsse.

Preußischer Landtag.

Der preußische Landtag setzte am Donnerstag die Einzelberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort. Abg. Paul Hoffmann (Komm.) befürwortete einen Antrag, der angesichts der vielen Verkehrsunfälle ausreichende Entlohnung des Straßenbahnpersonals und Garantierung der achtstündigen Arbeitszeit fordert. Nachdem eine große Anzahl kommunistischer Redner weitere Einzelbeschwerden vorgebracht hatte, sprach Abg. Fischbeck (Dem.) der Berliner Schutzpolizei für ihr Verhalten Dank aus. Abg. Dr. v. Dryander (Dnat.) begründete einen Antrag, der verlangt, daß bei politischen Demonstrationen die Freitreppe und die Zugänge zum Dom durch staatliche Polizei und nicht durch „Ordner" freigehalten würde. Abg. Meyer-Rheine (Soz.) wünschte Belohnung und Beförderung der Beamten, die sich um die Republik besonders verdient gemacht hätten. Abg. Eichhoff (Dvpt.) wandte sich gegen eine Zurückstellung der ausgewiesen gewesenen Beamten, die nach ihrer Rückkehr noch ohne Wohnung sind und hat den Minister um schleunige Intervention. Abg. Dr. v. Dryander (Dntl.) schloß sich diesem Verlangen an. Es handle sich um sehr zahlreiche Fälle, man solle an der bisherigen Beirrung dieser Beamten nichts ändern. Die nächste Sitzung findet am Freitag vormittag 10 Uhr statt.

Zweierlei Maß.

Ein Leser schreibt uns:

Wir leben in eigenartigen Verhältnissen. Der Franzose Barbusse darf unter dem Schutze des Auswärtigen Amtes in Deutschland Brandreden gegen den nationalen Gedanken halten. Der Franzose Basch darf unangefochten bei uns hetzen und öffentlich die Lüge von der deutschen Kriegsschuld vertreten.

Aber deutsche Männer dürfen im besetzten Gebiete ihres eigenen Vaterlandes nicht einmal über ein sachliches Thema sprechen. Dem Oberfinanzrat Dr. Bang stand trotz unseres „Versöhnungskurses" die Verhaftung bevor, als er dieser Tage in einer deutschen Stadt des besetzten Gebietes in einem großen Wirtschaftsverband über Exportfragen sprechen sollte. Ebenso bemerkenswert ist die andere Tatsache, daß Organisationen, wie zum Beispiel das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich im besetzten Gebiete völliger Bewegungsfreiheit erfreuen, während auf einem anderen politischen Boden stehende Verbände seitens der Besatzungsbehörden nach wie vor der allerschärfsten Verfolgung unterliegen.

Der Sparkommissar.

Das „Berliner Tageblatt" läßt sich aus Beamtenkreisen schreiben, daß auf dem Etat des „Sparministers" 787 000 Mark ständen, d. h. halbsoviel wie das ganze Reichsernährungsministerium koste. Die Referentenzahl sei s. Z. ungefähr doppelt so groß wie im Reichsinnenministerium. Höchst eigenartig sei dabei, daß zur Prüfung der einzelnen Behörden vom Sparkommissar nur solche Beamte verwendet würden, denen Tätigkeit und Organisation der zu prüfenden Behörden völlig unbekannt seien. So seien z. B. Reichswehrbehörden durch mittlere Postbeamte geprüft worden!

Je ärmer, desto mehr Steuern.

1913 hatten wir nach Schätzungen des Reichsfinanzminister Dr. Luther ein Volkseinkommen von 37½ Milliarden Mark 1924 nur 24 Milliarden Mark. Vor dem Kriege zahlten wir 4,4, jetzt 7 Milliarden Mark Steuern. Vor dem Kriege zahlten wir 10,9 Prozent, 1924 27,7 Prozent des Volkseinkommens an Steuern.

Durchlaucht — Frau Güldenwerth.

Roman von Fred Relius.

Nachdruckrecht bei Aug. Scherl, G.m.b.H., Berlin.

(36. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Und dann hatte sich die Prinzessin wieder zu ihm umgewandt und ihm die Hand hingestreckt. „Verzeihen Sie, Herr Doktor, Ihre Botschaft hat mich doch erregt. Hoffentlich sehe ich Sie bald ein andermal. Dann berichten Sie von unserem Freund. Grüßen Sie ihn von mir. Sagen Sie ihm innige Wünsche. Sobald er wohler ist, komme ich wohl einmal selbst. Und inzwischen höre ich von Ihnen, wie es unserem armen Kranken geht. Ja? Darf ich darauf hoffen? Oder macht es Mühe, wenn Sie ab und zu vorbeikommen?"

Da zuckten doch schon wieder geheimnisvolle Spötterfältchen um des Philosophen Mund. Seine lustigen Schelmenaugen blitzten auf.

„Durchlaucht, Mühe macht es höchstens, meine hohe Freude über diese Aussicht und die Bereitschaft zu jedem Ihrer Dienste auszudrücken", sagte er mit beziehungsreichem Schwung. „Denn wer möchte von Axiomen faseln, wenn er vor Märchenwundern steht."

*

Irgendwo im Garten — vielleicht unter Fliederdolden, Blütenleuchten — klang ein Lied.

Weich — sanft — gehalten... Von Frauenlippen. So linde, so rosenblütenzart, als strichen Feenhände über Schmerz und Leid.

„Leise tönt die Abendglocke,
Die Natur, sie geht zur Ruh',
Vöglein singen süße Lieder,
Sonne neigt dem Westen zu..."

Das alte, töricht-süße Krankenliedlein. Der liebe, leidvertraute Wehmutsfetzen. Wie verirrte Klänge einer fernen Zeit...

Einer Zeit, in der man Rennen ritt. Der Steepler war im Gedränge über einen Sprung gestolpert. Oder ein hartmäuliger, weichrückiger Schwadröner, der nicht springen wollte, stieg. Balancierte. Ueberschlug sich und begrub den Reiter unter sich im Fall. In manchem schweren Krankenlager lernte man das Leid. Zum ersten Male damals auch das Lied.

Im Kriege dann... Blutrote, fieberschwarze Schmerzensskala. Verbandsstellen, Krankensammelplätze, Lazarette. Der Glanz von warmen, gütigen Mädchenaugen unter schwarzen Hauben mit dem weißen Rand. Mitleidgelöste, opferfahle Züge irgendwelcher Pflegerinnen mit dem Johanniter-Achtspitz oder mit der Rotkreuz-Brosche vor dem Hals. Und das Lied, das liebe, dumme alte Lied...

Jürgen lächelte. Traumversonnen — fernweit. Mochte wohl die Schwester hübsch sein, die da draußen sang? Hübsch und jung? Seine Stationsschwester schien es nicht zu sein. Die war hager, ernst und spitz.

Ob sie hübscher sein mochte? Die andere? Ob die Lippen, die so weich und linde singen konnten, solcher Liebreiz schmückte wie —

Ach... Soweit es der Gipsverband um das gebrochene Wadenbein erlaubte, drehte er sich um. Nahm eine rote Rose von dem Nachttisch aus der Schale und sog den schwülen, süßen, tausend Wünsche weckenden Geruch.

Wie jene Wunderfetze, von deren Hand die rote Rose kam? Nein! Denn jene Frau war über alle Maßen... wie ein Märchenwunder schön. Er wußte es genau.

Dern immer war die Stolze um ihn. Tag und Nacht. Im Traum und Wachen. In Schmerz und Leid. In der ganzen grauen, schweren Oede der Verlassenheit der letzten Zeit. Mit ihren großen, süßen Augen, die das Blut zur Loheglut erhitzten und die Sinne taumeln machten. Mit den langen, weichen, weißen Lindefingern. Mit ihrer Anmut und dem Duft.

Ueber dem Krankenstübleein tiefe Vesperweihe. Von draußen goldene, schräge Sonnenstrahlen, Frühlingsdüfte. Und der Schluß des alten, dummen Krankenliedleins.

Jürgen lächelte in die verklingende Kadenz. Ließ die Rose sinken. Suchte Fliederdüfte.

Es gab davon genug. Vom Garten der Klinik wehten sie heran. Vom Tischlein nebenbei. Frau Kalb hatte Flieder mitgebracht. Mit händeringendem mitleidigem „Oh" und „Ach". Mit Herzensjammer über ihren armen Herrn. Mit argem Schelten über diese böse Welt. Und mit der geheimnisvollen Verkündung: jetzt müsse sie es sagen, sie habe alles schon vorher geträumt. Ganz deutlich! Sie habe „die Wäsche vom Herrn Rittmeister gehangen. Freilich... Und da sei der Sturm gekommen... At — und Stick for Stick wäre in den Dreck gebladdert." Ja — so Frau Kalb.

Aber auch die Aichschen Freunde waren auf dem Plan. Unlängst gab ein Bote ein verschnürtes Päckchen ab. Drinnen: Ein prächtiger Brief und zwei Flaschen alten, edlen Chambertin vom Grafen Aich. Zwei dickbauchige, rauhgebeizte Würfe ländlich Aichscher Provenienz — ein Pfund Butter — ein Glas feinster Orangenmarmelade von der Gräfin. Schokolade und ein hübsch handgemaltes Glückskleekärtchen von der Margrit Aich. Unter dem gemalten Glückskleee aber stand von ihrer Hand: „Pflücken Sie es! Gute Besserung und besten Gruß!"

„Pflücken Sie es..." Ein geheimnisvolles Wort. Es machte froh. Mädchenaugen sahen manchmal scharf.

Es rührte draußen an der Tür.

Wer wohl? Steinkirch?

Und wirklich, der Philosoph spazierte gemächlich durch die Tür. Ein Apfelblütenzweiglein heute in der vorgespreizten Hand.

„Als Symbolon", erklärte der Freund.

„Symbolon? Wofür?"

„Nicht fragen! Wenn Sinnbilder nicht das Bild ihres Sinnes an sich tragen, sind sie eben Bilder ohne Sinn. Gleich wie Rosen ohne Duft."

Er zog sich einen Stuhl heran. Wies — als er dann saß — auf das Tischlein vor dem Bett. „Wie bei einer gefeierten Schönen. Flieder, Rosen, Rosen Anfang Mai. Wohl von reicher Hand?"

„Von der Prinzessin."

Steinkirch ließ das Wort verwehen. Tat unberührt. Sein Blick hatte irgendwo gespürt. Lag dann zielsicher und fest in einer Ecke an dem Schrank.

„Ja —", sagte er. „Ja die Blume und ihr Duft! Ich erspähe da ein köstliches Gewächs. Dem Gefäß nach zu urteilen wuchs es in Burgund. Aber ich glaube, diese Rose duftet süßer als köstliches Rosenöl aus Schiras. Zieten, ob wir einmal daran riechen?"

Und er stand auf. Holte eine der dickbäuchigen Burgunderflaschen Aichscher Munifizenz. „Ja, das ist sie", nickte er. „Chambertin — Bourgogne 1904. Die Blume aller Blumen. Der Duft aller Düfte. Und wie kochender Herzstrom das rote Blut. Damit trinkt man sich geradeswegs ins Paradies. Na — Bester, wie ist's."

Jürgen lächelte. „Na ja. Philosoph, dann zieh nur auf. Eigentlich [illegible]..."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241011014/fragment/page=0002